



GESUNDHEITSRISIKEN

Ausbau von Tempo-30-Zonen

Die Menschen reagieren inzwischen sehr sensibel auf Lärm.

Daniel Delhaes, Silke Kersting
Berlin

Bis Sommer 2019 soll es laut auf deutschen Straßen werden - weil es sonst zu leise wäre. Kein Witz: Elektroautos verursachen dank des elektrischen Antriebs so gut wie keine Geräusche beim Anfahren. Erst ab einem Tempo von 25 Stundenkilometern sind die Geräusche der Reifen auf der Straße laut genug, dass Fußgänger die herannahenden Autos hören. Elektrofahrzeuge sollen also künftig piepen oder Fahrgeräusche aus der Konserve simulieren, damit es nicht zu Verkehrsunfällen kommt.

So notwendig Geräusche sind, um Unfälle zu vermeiden, so schwer ist es, Lärm beizukommen. Es gibt Erfolge durch leisere Antriebe, lärmärmere Autoreifen, Flüsterasphalt oder Flüsterbremsen für Güterzüge. Zugleich steigt die Zahl der Lärmquellen insgesamt aber, wie das Umweltbundesamt (Uba) beschreibt. Zudem seien die Menschen sensibler, weil sie wissen, dass Lärm der Gesundheit schadet.

Vor allem das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist bekannt: „Die Frage ist nicht mehr, ob Lärm krank macht, sondern in welchem Ausmaß“, attestiert das Uba. Die EU-Kommission schätzte die durch den Verkehrslärm verursachten Kosten - etwa für Gesundheitsaufwendungen - schon 2012 auf rund 40 Milliarden Euro pro Jahr. Jeder vierte Europäer ist schädlichem Verkehrslärm ausge-

setzt, wie die Europäische Umweltagentur jüngst in ihrem Bericht „Lärm in Europa“ feststellte.

Der Straßenbericht ist dem Bericht zufolge die dominierende Lärmbelastung. Nach einer regelmäßig vom Umweltbundesamt durchgeführten Umfrage fühlt sich jeder zweite Deutsche vom Straßenverkehrslärm belastet, gefolgt vom Schienen- und Flugverkehr.

Die Möglichkeiten, Lärm zu reduzieren, sind nicht ausgeschöpft. „Elektromobilität löst nicht das Problem in städtischen Ballungsräumen“, sagt René Weinandy, Lärmexperte beim Uba. „Sinnvoller ist der Ausbau von Tempo-30-Zonen, vor allem auf den Hauptverkehrsstraßen.“ Berlin gehe mit gutem Beispiel voran. Auch lärmarme Fahrbahnbeläge könnten die Geräuschemissionen um zwei bis vier Dezibel senken. „Das ist in der Wirkung so, als wenn der Verkehr halbiert werden würde.“

Die Umweltagentur fordert, Lärmbelastung bei Planung und Bau neuer Infrastruktur stärker zu berücksichtigen. „Es müssen ja nicht immer Verbote sein“, sagte Weinandy. „Man kann auch über andere Anreiz- oder Entgeltsysteme nachdenken.“ Die Luftverkehrssteuer könnte man stärker am Lärm ausrichten, ebenso Start- und Landegebühren. Im Vergleich zu den Kerosinkosten seien die Aufwendungen der Fluggesellschaften für den Lärmschutz noch zu gering: „Das muss sich ändern.“ Die SPD will dies im Bundestag umsetzen. Allerdings wehrt sich die Branche.

Rückenwind für den Freihandel

Koalitionäre begrüßen die Initiative der Autobranche.

Daniel Delhaes, Klaus Stratmann
Berlin

Das Vorhaben deutscher Automobilbosse, gemeinsam für das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) zu werben, stößt unter Wirtschaftspolitikern der Großen Koalition auf Zustimmung.

„Das wird höchste Zeit“, sagte Michael Fuchs (CDU), stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion. „Sie waren in der Debatte der vergangenen Monate viel zu ruhig, obwohl sie die größten Profiteure von einem Freihandelsabkommen wären“, sagte Fuchs. Ähnlich bewertet SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil die Initiative der Manager: „Auch die Industrievertreter müssen sich mit den kritischen Fragen und Sorgen auseinandersetzen, die viele Bürger im Zusammenhang mit den Freihandelsabkommen TTIP und CETA vorbringen“, sagte Heil. Ernsthafte Aufklärung sei „im ureigenen Interesse der deutschen Wirtschaft“, sagte er. Es sei zu begrüßen, wenn eine beschäftigungsintensive Leitbranche wie die Automobilindustrie nun mit handfesten Beispielen die Bedeutung von freiem und fairem Welthandel unterstreiche.

Am Mittwoch werden zum ersten Mal die Chefs der großen Automobilhersteller und Zulieferer gemeinsam für TTIP werben. Dazu wollen Dieter Zetsche (Daimler), Martin Winterkorn (VW), Norbert Reithofer (BMW), Rupert Stadler

(Audi), Matthias Müller (Porsche), Bernhard Mattes (Ford) sowie Volkmann Denner (Bosch) und Arndt Kirchhoff (Kirchhoff Automotive) vor die Presse treten.

Es gelte „in erster Linie, für mehr Transparenz im Prozess zu sorgen“, sagte Kirchhoff dem Handelsblatt. So würden die von den Gegnern kritisierten Punkte zum Verbraucherschutz oder den Sozialstandards „in aller Regel gar nicht zu den Verhandlungspunkten zählen, da sie keine Seite verändern will“.

Die Autobranche wirbt insbesondere für die Harmonisierung von Standards durch TTIP. Sie bringe milliardenschwere Kostenvorteile.

Die Wirtschaftspolitik der Fraktionen von Union und SPD befürworten TTIP ebenso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar

Gabriel (CDU). In der SPD-Fraktion gibt es allerdings große Vorbehalte.

„Die CDU arbeitet geschlossen dafür, dass Deutschland auch in Zukunft eine starke Wirtschaftsnation bleibt“, sagte Generalsekretär Peter Tauber dem Handelsblatt. Dazu sei das Handelsabkommen wichtig. Zugleich sagte er: „Das Abkommen muss sich am Ende für die Deutschen und die Europäer lohnen - dann können wir auch Skeptiker vom Nutzen überzeugen.“ Konkret gehe es um mehr Wirtschaftswachstum, neue Jobs, weniger Steuern und niedrigere Preise für die Verbraucher, „unter Beibehaltung unserer hohen Standards beispielsweise beim Verbraucherschutz und im Sozialen“.

Zustimmung für den Vorstoß der Automobilmanager kam auch von den Grünen. „Die Angleichung von Standards ist absolut sinnvoll“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher Dieter Janecek. Er habe „vollstes Verständnis“ dafür, dass die Unternehmen Kostenvorteile von bis 25 Prozent nutzen wollten. Er kritisierte aber die geplanten Schiedsgerichtsklauseln. „Es bleibt mehr als problematisch, hoheitliche Aufgaben in private Hände zu übertragen“, sagte er. Insbesondere der Mittelstand werde kaum in der Lage sein, Schiedsverfahren verbunden mit Anwaltskosten in Millionenhöhe zu nutzen. „Es wäre sinnvoller, eine transnationale Institutionalisierung solcher Verfahren anzustreben“, sagte er.

„

Das Abkommen muss sich für Deutsche und Europäer lohnen - dann können wir auch Skeptiker vom Nutzen überzeugen.

Peter Tauber
CDU-Generalsekretär

Kommentar Seite 16

ANZEIGE

Winners innovate

„Nachhaltig denken, erfolgreich lenken“ ist das Leitmotiv des diesjährigen Axia-Awards, mit dem wir vorbildliche Unternehmen des deutschen Mittelstands auszeichnen. Die Preisträger beweisen, dass eine innovative Idee, Mut und Unternehmmergeist ein starkes Team für wirtschaftlichen Erfolg sind. Wir gratulieren. Erfahren Sie mehr unter www.deloitte.com/de/axia

Medienpartner
Handelsblatt
Deloitte.

© 2015 Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft